

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Abzugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 500 M., die 65 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M.,
unter Eingeband 1500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentrale, Jahresbericht und Rechnungsabklärung
der Landes-Versicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Soltes in Dresden.

Nr. 134

Dienstag, 12. Juni

1923

Kopferbrechen in London.

Verständigung — trotz alledem!

Der Gedankenaustrausch zwischen Paris und London nimmt langsam konkretere Formen an. Im Mittelpunkt der Erörterung steht immer noch die Frage des passiven Widerstandes, auf den Deutschland verzichten soll, bevor die Reparationsverhandlungen beginnen. Entweder kommt es nun zwischen Belgien, Frankreich und London zu einem Kompromiß, das darin besteht, daß die Regierungen dieser Länder Deutschland auffordern, zu einem Waffenstillstand die Hand zu bieten, und dem dann eine Konferenz unter Beteiligung der deutschen Regierung, aber das Reparationsproblem folgen soll, oder aber Frankreich und Belgien erlauben sich erneut die Absendung einer Kollektivnote, in der Deutschland ultimativ aufgefordert wird, auf den Widerstand an der Ruhr zu verzichten. Die Wortreden in Dortmund haben zweifellos die französische Stellung gestärkt und die des englischen Kabinetts geschwächt. Aber es ist ein Trugschluß sonderlichen, wenn die französische Regierung jetzt versucht, unter Hinweis auf die Verbrechen die Notwendigkeit des Verzichts auf den passiven Widerstand zu beweisen. Kein Wort, das nachweisbar von deutscher Seite im Ruhrgebiet erfolgt ist, hat mit dem passiven Widerstand auch nur das Geringste zu tun. Seit Ausbruch der Abwehr haben die Träger dieses Kampfes unter passiver Aufsicht verstanden, dem Gewalt der französischen und belgischen Truppen mit geistigen Mitteln zu begegnen und Erfolge durch die Verweigerung der Arbeitsleistung unmöglich zu machen. Die allgemeine Beurteilung der feigen Wortreden in Dortmund und die Festsetzung einer hohen Prämie für die Ermittlung der Täter sollte zur Genüge beweisen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, vor allem aber die deutsche Arbeiterschaft, die den passiven Widerstand an der Ruhr in erster Linie führt, mit den Verbrechen nichts gemein hat.

Die Tat ist geschehen. Die Täter sind zur Verantwortung zu ziehen, und es ist Pflicht der deutschen Verichte, alles zu tun, um ihrer Schuldhaft zu werden. Mit gegenseitigen Vorwürfen aber wird weder diesen Bestrebungen gedient, noch kommen wir der angeblich auch von Frankreich gewünschten Verständigung näher. Ebenso sind die ohne Verzicht erfolgten Freigehandlungen gegen die Dortmund Verordnungen, die Ermordung weiterer fünf deutscher Staatsbürger und die Inhaftierung maßgebender Persönlichkeiten, die den Alliierten sicherlich fernliegen, nicht dazu angetan, den Geist der Rache zu löten. Das Beispiel des Unsturzes in Bulgarien, das wir gerade in diesen Tagen erleben müßten, sollte der französischen Regierung zur Genüge zeigen, daß Deutschland, nicht aber Unterwerfung ohne weiteres hervorruft. Die deutsche Arbeiterschaft steht wider die Folgen eines Gegenbruchs bereit, dessen Gefahren sie erkennt, noch aber eine Unterwerfung, und gerade deshalb brüht sie sich ehe-lich, einen Ausweg aus der kritischen außenpolitischen Situation zu finden.

Wie soll Deutschland jetzt, da neue Kompromisse auf Kosten unsterblicher Helden erwartet werden, vielleicht auch neue Ultimaten in Vorbereitung sind, handeln? Sollen wir uns der Forderung auf Verzicht des passiven Widerstandes gegenüber grundsätzlich ablehnend verhalten oder bestrebt sein, eine Kompromißlösung zu ermöglichen? Nach der Auffassung der Deutschnationalen ist die Annahme einer Verständigung Landesverrat. Trotz unserer traurigen wirtschaftlichen Situation verlangen sie von der Regierung, daß der passive Widerstand fortgesetzt wird, bis die Abnahme der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vortragmäßiger Zustände in den Rheinländern erreicht ist. Welcher deutsche Staatsbürger würde das nicht wünschen, wenn es möglich wäre? Aber betrachten wir die gegenseitigen Machtverhältnisse, die allgemeinen Zustände im besetzten und im unbesetzten Gebiet, dann muß Klarheit darüber entstehen, daß die Politik der Deutschnationalen nichts anderes er-

reicht als die Katastrophe, von der sie ihren endgültigen Widerausstieg in Deutschland erwarten. Nein! Sollen wir nicht die Kapitulation, dann muß die ablehnende Haltung gegenüber der Forderung auf Verzicht des passiven Widerstandes aufgegeben werden. Dem Abbau auf der einen Seite müssen aber natürlich auch Zugeständnisse auf der anderen Seite folgen!

Die freien Gewerkschaften, als eigentliche Träger der Abwehr gegen die Gewaltpolitik an der Ruhr, haben bisher zu der französischen Forderung noch nicht Stellung genommen. Es ist jedoch zu erwarten, daß sie sich schon in den nächsten Tagen damit beschäftigen. Die maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen sind aber die allgemeine Lage im Ruhrgebiet unterrichtet, und wie erwartet, daß sie gerade deshalb zu einer Entscheidung kommen, die den staatspolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks entspricht.

Heute spricht Curzon.

London, 11. Juni.
Im Unterhause erklärte Baldwin auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, zu der Reparationsfrage mehr zu sagen, als daß diese Frage die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehme. Aber die Lage im Ruhrgebiet könne er im Augenblick keine Erklärung abgeben. Der Premierminister erklärte weiter, Lord Robert Cecil werde Großbritannien im Vorkomitee ebenso wie früher Balfour vertreten. Weiter erklärte Baldwin, er sei nicht in der Lage, irgendeine Erklärung über die deutsche Note abzugeben. Für heute abend 6 Uhr ist eine Sitzung des britischen Kabinetts im Unterhause zur Erwägung des deutschen Memorandum abberufen worden. Den Alliierten zufolge erdichtete Lord Curzon heute die deutsche Note mit Sachverständigen und empfing den britischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon und außerdem den französischen Botschafter Grafen St. Aulaire, der ihm eine Mitteilung Poincarés überreichte und zwei Stunden mit Curzon verbrachte. Dieser erwiderte noch Mitteilungen der italienischen und der belgischen Regierung, so daß dem britischen Kabinet in der heutigen Abend Sitzung die Ansichten aller Alliierten vorliegen würden. Während des Wochenendes hatten sehr wichtige Erörterungen zwischen Balfour, Curzon, Cecil und anderen Ministern stattgefunden. Man meldet als wahrscheinlich, daß Lord Curzon morgen im Oberhause auf die Anfrage Lord Balfours über die Stellung der Regierung zu dem neuen deutschen Angebot antworten wird. Die öffentlichen Kreise bewahren strenges Stillsitzen, sobald die Äußerungen der Presse mit Vorbehalt aufzunehmen sind. Die „Ball Mall Gazette“ nimmt an, daß die Unterredung Lord Curzons mit dem Grafen St. Aulaire in erster Linie der Haltung Frankreichs zur Ruhrbesetzung gegolten habe. „Evening Standard“ meint, es sei unwahrscheinlich, daß Frankreich und Belgien selbständig das deutsche Memorandum zurückweisen würden. Ebenso meint der „Star“, man könne hoffen, daß Frankreich gegenwärtig bereit sei, etwas Vernünftiges anzunehmen. Die Unterhaltung sei jetzt auf dem kritischen Punkt angelangt, der es den Franzosen schwer mache, eine Unterredung über die deutsche Note abzulehnen, falls sie nicht zugehen wollten, daß es ihnen nicht auf Reparationen, sondern auf die Beförderung Deutschlands ankomme. Deutschland habe ihnen Gelegenheit gegeben, sich mit Wörtern aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Nach „Evening Standard“ sei England mit der Einberufung einer internationalen Kommission und mit einer Konferenz mit Deutschland einverstanden. Ebenso sei England zu Opfern in bezug auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen bereit. Die Schwierigkeit liege nur bei Frankreich. Zwischen der englischen und französischen Anschauung liege ein weiter Riß, nicht nur in bezug auf die Reparationssumme, sondern vor-

allem in bezug auf den passiven Widerstand. Reuters meldet: Man nimmt an, daß dem heutigen Kabinetrat die französischen Gesichtspunkte vorliegen werden. Gut unterrichtete Kreise sind der Ansicht, daß Poincaré verlange, die Alliierten, einschließlich England, sollten unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richten, in der die Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert wird. Poincaré hält dies für die notwendige Vorbedingung für jede gemeinsame Diskussion der Alliierten über die Reparationsfrage. England dagegen ist der Ansicht, daß eine Unterredung der Alliierten über die Reparationen vor der Annahme eines beratigen Schrittes stattfinden müsse.

Davas über den Standpunkt des englischen Kabinetts.

Paris, 12. Juni.
Davas meldet über den Standpunkt des englischen Kabinetts, wie er sich aus dem abgehaltenen Kabinettsrat ergeben habe, daß die britische Regierung es für möglich halte, die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Bedingung für Verhandlungen zu verlangen. Sie wünsche, jeden Versuch zu vermeiden, über es können, nach ihrer Ansicht internationalen Verhandlungen auf der Grundlage des deutschen Memorandum stattfinden. Jedoch neige das englische Kabinet dazu, die darin enthaltenen Ziffern abzumildern und zu versuchen, von Deutschland die Annahme der Ziffern des Planes Bonar Law zu erreichen. Wenn Frankreich seinen Standpunkt aufrechterhalte, so schlage England vor, auf einer Konferenz alliierter Sachverständiger die Lage Deutschlands zu untersuchen und die Ziffern für die Reparationszahlungen bestimmen zu lassen. Falls auch da keine Einigung erzielt werden sollte, würde die britische Regierung die deutsche Regierung zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu bewegen suchen.

„Petit Journal“ schreibt: Jetzt handle es sich darum, festzustellen, ob die Entscheidung, die in Brüssel getroffen worden sei, nur die Deutschen betreffe oder ob Poincaré und Clemenceau darunter auch eine strenge Bedingung für jede Unterredung unter den Alliierten über die Reparationsfrage vorsehen hätten. Wenn die erste dieser Auslegungen richtig sei, würde es vielleicht noch möglich sein, den Meinungsaustrausch mit England fortzusetzen und ein Mittel zu finden, um die Erörterung über den englischen Plan wieder auszunehmen, den die Beurteilung nach reiflicher Überlegung nicht für so schlecht gehalten habe, wie es den Alliierten hätte.

„Daily Chronicle“ warnt.

London, 11. Juni.
„Daily Chronicle“ schreibt: Das deutsche Angebot bietet eine wirkliche Gelegenheit, alle Parteien zur Erörterung zusammenzubringen. Die Ruhrfrage müsse jedoch ausgeklammert werden, wenn die Franzosen und Engländer in der Reparationsfrage übereinkommen wollten. Trotzdem hätten die Franzosen Großbritannien ersucht, sich ihrer Forderung anzuschließen, daß die Deutschen den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen, bevor die Verhandlungen eröffnet würden. England sollte somit die Realität dessen zugeben, was seiner Ansicht nach illegal sei. Wenn auf dieser Forderung bestanden werde, so hätten die Verhandlungen keinen Fortschritt.

Wenn die Franzosen wirklich Reparationen wollten, so würde England ihnen helfen, alles zu bekommen, was man von Deutschland verlangen könne, und werde ihnen auch in der Frage der Schulden an England entgegenkommen. Befehle aber Frankreich darauf, was Lloyd George gestern die Einigung der Nacht über das Recht genannt habe, so

könne England nicht weiter mit Frankreich zusammengehen. England müsse es ablehnen, sich weiterhin von Frankreich mitziehen zu lassen, und müsse eine britische Politik befolgen in Gemeinschaft mit seinen Freunden, die bereit seien, mit England in der Sache des Friedens und des Wiederaufbaues der Welt zusammenzuwirken.

Geringe Aussichten auf Einigung.

London, 12. Juni.
Aus Anlaß der gestrigen Beratung Lord Curzons mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italiens schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, daß die Aussichten auf das Zustandekommen einer internationalen Vereinbarung gering seien. Der durch den französischen Botschafter in London getrennt unterbreitete Standpunkt Poincarés habe alle bestehenden Aussichten auf Verständigung der britischen und französischen Meinung verschlechtert. Man sei aber das noch nicht abgewiesene Maß französischer Unnachgiebigkeit berührt gewesen. Der französische Botschafter habe nicht nur die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Bedingung für Verhandlungen selbst unter den Alliierten verlangt, sondern habe durch seine anderen Forderungen förmlich gezeigt, daß es keinen Ausgleich geben könne. Die französische Regierung würde weiterhin außer der Zurückziehung der den passiven Widerstand betreffenden Bestimmungen Deutschlands auch die Zurückziehung der Verordnungen fordern, die Beamte und andere Personen mit Strafen bedrohte, welche die Franzosen unterstellt hätten. Ferner werde für derartige Personen eine volle Amnestie verlangt werden sowie die Garantie für eine künftige Zusammenarbeit der deutschen Behörden mit der Besatzung.

Unvereinbare Ziele.

London, 11. Juni.
Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, die wirkliche Schwierigkeit sei nach wie vor die französische Politik. Die Regierung Baldwin habe gefunden, ebenso wie die früheren britischen Regierungen, daß Frankreich zwei miteinander in Streit befindliche Ziele verfolge, nämlich eine große Entschädigung zu erhalten und Deutschland im Interesse der französischen Sicherheit zu vernichten. Die britische Regierung könne schwer einsehen, wie irgend etwas in Übereinstimmung mit Frankreich getan werden könne, solange diese Politik des Dual d'Orsay bleibe. Es seien vorläufig noch keine Anzeichen vorhanden, daß sie aufgegeben werde. Das britische Kabinet erwäge daher die möglichen Alternativen in der allgemeinen europäischen Politik Großbritanniens.

Poincarés Vorbedingung.

London, 11. Juni.
Reuters zufolge verläutet, daß ein endgültiger Vorschlag von deutscher Seite für eine internationale Konferenz erfolgt sei, aber daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht vollkommen überraschend sein würde, wenn ein solcher Vorschlag bald erfolge. Gut unterrichtete offizielle Kreise äußerten sich mit keinem Worte über den Fortschritt der englisch-französischen Erörterungen. Es verläutet jedoch von einer gewöhnlich gut unterrichteten Seite, daß Poincaré das für eintrete, daß die Alliierten einschließlich Großbritanniens unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richteten, worin gefordert werde, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhöre. Poincaré sehe diesen Schritt, wie verstanden, als eine notwendige Vorbedingung für die Aufnahme jeder alliierten Erörterung in der Reparationsfrage an. Die bri-